

Vernehmlassung zur Teilrevision des Personalgesetzes und weiterer Personalerlasse (NG 165.1, NG 165.111, NG 165.112, NG 165.114)

Fragebogen

Der Fragebogen kann elektronisch ausgefüllt werden.

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie sich für Ihre Stellungnahme an der Struktur dieses Formulars orientieren. Sie erleichtern damit die Auswertung der Vernehmlassung. Herzlichen Dank.

Vernehmlassungsteilnehmer: Die Mitte Nidwalden

1 Anpassungen des Personalgesetzes

Art. 2 Gemeinden

1. Sind Sie mit der Formulierung bezüglich Anpassungsmöglichkeiten der Lohnsumme im Rahmen der Lohnrunden bei den Gemeinden einverstanden (Art. 2 Abs. 4 PersG)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

2. Sind Sie mit der Formulierung bezüglich Abweichungsmöglichkeiten der Gemeinden von den kantonalen Personalverordnungen einverstanden (Art. 2 Abs. 2 PersG)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:



Art. 3 öffentlich-rechtliche Anstalten

3. Sind Sie mit der Formulierung bezüglich Abweichungsmöglichkeiten der öffentlich-rechtlichen Anstalten von den kantonalen Personalverordnungen einverstanden (Art. 3 Abs. 2 PersG)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen: *Grundsätzlich werden Abweichungsmöglichkeiten unterstützt. Es braucht aber effektive Kontrollmechanismen, um Lohnexzesse zu verhindern.*

Art. 9 Personalpolitik

4. Sind Sie mit der Formulierung des neuen Abs. 2 im Rahmen von Art. 9 einverstanden?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen: *Das Ziel der Dienstleistungsorientierung soll bei Art. 9 Abs. 1 in den Leistungsauftrag aufgenommen werden.*

Art. 12 Voraussetzungen (Registerauszüge)

5. Sind Sie mit der Klärung bzw. Präzisierung im Zusammenhang mit dem Einfordern von Registerauszügen einverstanden (Art. 12 Abs. 3 PersG)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen: *Eine Einschränkung auf einzelne Funktionen ist nicht notwendig und kann aus dem Absatz 3 gestrichen werden.*



Art. 26 Lohnanspruch bei Arbeitsverhinderung

6. Sind Sie einverstanden, dass der Lohnanspruch des Arbeitgebers bei Arbeitsverhinderung mit Ablauf des Arbeitsvertrages endet?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

Art. 48 Nebenberufliche Tätigkeit und Mandat

7. Sind Sie damit einverstanden, dass bei bezahlten nebenberuflichen Tätigkeiten von einem Bewilligungs- auf ein Meldeverfahren umgestellt wird (Art. 48 Abs. 1 PersG)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen: *Das Meldeverfahren ist zu unverbindlich. Es soll vorgängig bei der Anstellungsinstanz eine Bewilligung eingeholt werden. Bei Absatz 2 soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass bei Interessenskonflikten oder zeitlicher Überbeanspruchung usw. die Bewilligung entzogen wird. Falls die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter trotz entzogener Bewilligung weiter der bezahlten nebenberuflichen Tätigkeit nachgehen, soll dies gemäss Absatz 3 ein wesentlicher Kündigungsgrund darstellen.*

8. Sind Sie mit den Kriterien einverstanden, unter denen eine Nebenbeschäftigung untersagt werden kann (Art 48 Abs. 2 PersG)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:



9. Sind Sie mit den Sanktionsmöglichkeiten (wesentlicher Kündigungsgrund) einverstanden, wenn die Nebenbeschäftigung trotz rechtskräftiger Untersagung beibehalten wird (Art. 48 Abs. 3 PersG)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

Art. 53a Registerauszüge

10. Sind Sie einverstanden, dass die Möglichkeit geschaffen wird, auch im Rahmen bestehender Anstellungen Registerauszüge einzuverlangen?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

11. Sind Sie mit den Voraussetzungen einverstanden, unter denen neu diese Möglichkeit geschaffen wird?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

Art. 54 und 54a Auflösung infolge Invalidität

12. Sind Sie mit den Modalitäten bezüglich der Auflösung des Arbeitsverhältnisses im Falle einer Invalidität einverstanden?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

Art. 56 Kündigungsfristen (inkl. Probezeit)



13. ? Sind Sie mit der Einführung einer Probezeit einverstanden (Art. 56 Abs. 1 und 1a PersG)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

14. Sind Sie mit den Modalitäten im Zusammenhang mit der Probezeit (Verlängerungsmöglichkeit, Wegfall wesentlicher Kündigungsgrund) einverstanden (Art. 56 Abs. 1a PersG)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

15. Sind Sie mit den Kündigungsfristen nach Ablauf der Probezeit einverstanden (Art. 56 Abs. 1, 2 und Abs. 3 PersG)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

Art. 74 Bearbeiten von Personendaten

16. Sind Sie mit der Formulierung bezüglich Zugang zu Datenbanken im Zusammenhang mit der Bearbeitung der AHV-Nr. einverstanden?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:



2 Personalverordnungen

2.1 Vollzugsverordnung zum Personalgesetz

§ 2a Registerauszüge

17. Sind Sie mit der Art und dem Umfang der Registerauszüge einverstanden?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

§ 8 Nachbezug (von Ferien)

18. Sind Sie mit der neuen Regelung im Zusammenhang mit dem Nachbezug von (Rest)Ferien einverstanden (§ 8 Abs. 2 PersV)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

§ 15a – 15f Telearbeit

19. Sind Sie damit einverstanden, dass Telearbeit freiwillig ist bzw. kein Rechtsanspruch darauf besteht (§ 15b Abs. 1 PersV)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

20. Sind Sie damit einverstanden, dass Telearbeit maximal 50 % des vereinbarten Pensums umfassen darf (§ 15c Abs. 2 PersV)?

ja nein Enthaltung



Bemerkungen: *Der Absatz soll gelöscht werden. Es sollte auch 100 % möglich sein
→ keine Maximalbeschränkung.*

21. Sind Sie mit den Modalitäten bezüglich Dauer und Kündigung der Telearbeitsvereinbarung einverstanden (§ 15d und § 15e PersV)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen *§ 15d ergänzen: Die Vereinbarung kann jederzeit im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst werden.
§ 15e löschen. Kündigungsfristen schränken die notwendige Flexibilität zu stark ein.*

2.2 Vollzugsverordnung zum Personalgesetz betreffend Arbeitszeiten

§ 2 Öffnungszeiten

22. Sind Sie mit den Neuregelungen bezüglich Öffnungszeiten der Verwaltung einverstanden?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen: *§ 2 Absatz 3: Fällt der 3. Januar auf einen Freitag, **kann** die Verwaltung an diesem Tag ebenfalls geschlossen bleiben.*

§ 6 Blockzeiten

23. Sind sie mit der Flexibilisierung im Zusammenhang mit den Blockzeiten einverstanden?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen: *... anwesend bzw. erreichbar. (Telearbeit-Mitarbeiter/-innen)*



§ 8 bezahlte Abwesenheit

24. Sind Sie mit der Neuregelung im Zusammenhang mit Arztbesuchen einverstanden (§ 8 Abs. 2 Ziff. 1 AZV)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

§ 10 Absenzen

25. Sind Sie damit einverstanden, dass bei Absenzen bei Krankheit bzw. Schwangerschaft erst nach 5 Absenztagen ein ärztliches Zeugnis beigebracht werden muss (10 Abs. 2 AZV)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

26. Sind Sie damit einverstanden, dass der Vorgesetzte (z.B. bei Missbrauchsverdacht) bereits früher ein ärztliches Zeugnis verlangen kann (§ 10 Abs. 2 AZV)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

§ 13 Gleitzeitsaldo

27. Sind Sie damit einverstanden, dass die mengenmässige Beschränkung auf den maximalen Bezug von 12 Gleitzeittagen entfällt und sich die Kompensationsmöglichkeiten neu nach den betrieblichen Bedürfnissen richten (§ 13 Abs. 2 AZV)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:



2.3 Vollzugsverordnung zum Personalgesetz betreffend die Aus- Fort- und Weiterbildung

§ 3 und 6 Koordination und Förderung sowie Grundsätze

28. Sind Sie damit einverstanden, dass neue Führungskräfte stärker verpflichtet werden sollen, eine Führungsausbildung zu absolvieren (§ 3 Abs. 3 WBV)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen: *Es sollte offener formuliert werden, z. B.: «Führungspersonen sind mit geeigneten Massnahmen für ihre neue Aufgabe zu befähigen.»*

29. Sind Sie damit einverstanden, dass primär Ausbildungen der Weiterbildung Zentral-schweiz besucht werden sollen, sofern ein vergleichbares Angebot vorliegt (§ 6 Abs. 2 WBV)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen: *Abs. 2 streichen. Dies ist eine unnötige Einschränkung. Es gibt auch andere qualitativ gute Anbieter.*

§ 7 Kursgeld und Kriterien

30. Sind Sie mit der neuen Formulierung von Abs. 3 (Interessenlage) einverstanden?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

31. Sind Sie einverstanden, dass (neben den Bundesbeiträgen) auch andere Beiträge Dritter an die Interessenlage angerechnet werden können (§ 7 Abs. 4 WBV)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:



§ 8 Entlöhnung und Entschädigung

32. Sind Sie damit einverstanden, dass die Entschädigungen gestützt auf § 27 und § 28 der Entlöhnungsverordnung ausgerichtet werden und keine verhältnismässige Kürzung mehr erfolgt (§ 8 Abs. 1 WBV)?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen: *Bei Weiterbildungsvereinbarungen soll die Anrechnung der Arbeitszeiten Teil der Vereinbarung sein.*

§ 8a Eintritt in eine bestehende Weiterbildungsvereinbarung

33. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen bezüglich Eintritt in eine bestehende Weiterbildungsvereinbarung einverstanden?

ja nein Enthaltung

Bemerkungen:

Weitere Bemerkungen

34. Weitere allgemeine Bemerkungen

Das zweite Teilprojekt gemäss Bericht S. 5 bez. Vertrauensarbeitszeit, Spesen etc. sollte sobald als möglich in Angriff genommen werden, da dies die Attraktivität des Arbeitgebers «Kanton Nidwalden» weiter steigern kann.

35. Stellungnahme zu einzelnen Artikeln

Artikel	Bemerkungen
§ 4a PersV	<i>Absatz 2 ergänzen mit: Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der Personalpolitik des Kantons.</i>
§ 17 AZV	<i>Was ist unter einer vereinbarten Bandbreite zu verstehen?</i>



Artikel	Bemerkungen

Datum 06.11.2022

Unterschrift



Mario Röhli
Präsident Die Mitte Nidwalden

Bitte schicken Sie den ausgefüllten Fragebogen bis spätestens **Freitag, 16. Dezember 2022** an die

Staatskanzlei Nidwalden
Dorfplatz 2
Postfach 1246
6371 Stans

und in elektronischer Form an staatskanzlei@nw.ch (PDF wie auch Word-Dokument)